

Stand: 27.04.2024 03:43:50

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/3812

"Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO2-Minderung im Gebäudebereich"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/3812 vom 23.02.2010
2. Plenarprotokoll Nr. 42 vom 24.02.2010
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 16/4803 des WI vom 06.05.2010
4. Beschluss des Plenums 16/4900 vom 19.05.2010
5. Plenarprotokoll Nr. 48 vom 19.05.2010

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich

Der Landtag wolle beschließen:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, sich im Bundesrat und bei der Bundesregierung dafür einzusetzen, dass die KfW-Programme zur CO₂-Minderung nicht gekürzt werden und hierbei auch das CO₂-Gebäudesanierungsprogramm 2010 und 2011 mindestens auf dem Niveau des Vorjahres fortgeführt werden.

Begründung:

Die angedachte Halbierung der KfW-Programme für energetische Gebäudesanierung würde für den Wohnungsmarkt gerade auch in Bayern extrem negative Folgen haben. Die dringend notwendige Fortsetzung der Modernisierung von Häusern und Wohnungen würde dadurch ausgebremst. Die zur Verfügung stehenden Mittel wurden im letzten Jahr vollständig ausgeschöpft, die Nachfrage nach diesen Programmen ist unvermindert hoch. Es besteht weiterhin erheblicher Handlungsbedarf bei der energetischen Sanierung des Wohnraumbestandes.

Die KfW-Programme zur CO₂-Minderung dienen der zinsgünstigen, langfristigen Finanzierung von Investitionen zur CO₂-Minderung und zur Energieeinsparung in Wohngebäuden sowie der Errichtung von Energiesparhäusern. Das KfW-CO₂-Gebäudesanierungsprogramm ist unverzichtbarer Bestandteil des nationalen Klimaschutzprogramms und fördert besonders umfangreiche Modernisierungsarbeiten an Altbauten bis zum Baujahr 1978. Die hohe CO₂-Reduktion, die durch die Verpflichtung auf eine anspruchsvolle Sanierung erreicht wird, wird durch einen niedrigen Darlehenszinssatz von nominal 2,9 Prozent ermöglicht, wobei die Antragsteller sowohl selbstnutzende Eigentümer als auch private Vermieter, Wohnungsunternehmen und Kommunen sein können. Sollten die Fördertöpfe halbiert werden, droht ein abrupter Stopp der Energiesanierungsmaßnahmen bereits zur Jahresmitte, entweder dadurch, dass nicht alle Antragsteller zum Zug kommen, oder die Zinsverbilligung nicht mehr in einem attraktiven Umfang gewährt werden kann.

Die öffentliche Förderung hat vielen Haus- und Wohnungseigentümern in der Vergangenheit einen entscheidenden Anstoß gegeben, dennoch gibt es Überlegungen, den Fördertopf im laufenden Haushalt drastisch herunterzufahren: Er soll von insgesamt 2,2 Mrd. Euro im letzten Jahr auf jetzt nur noch 1,1 Mrd. Euro halbiert werden. Damit würde es zwangsläufig auch in Bayern weniger Wohnraummodernisierungen geben. Weniger Aufträge für kleine und mittlere Handwerksbetriebe gefährdeten dann auch bislang sichere Arbeitsplätze. Auch der Zentralverband des Deutschen Handwerks (ZDH) fordert die Politik auf, das Gebäudesanierungsprogramm nicht zu kürzen.

Wer es mit dem Klimaschutz ernst meint, darf die Mittel nicht zurückfahren. Vielmehr müssten sie aufgestockt werden. Sonst wird sich Wohnungsnot und der Mangel an bezahlbarem Wohnraum in Ballungsregionen wie der Region München in den nächsten Jahren weiter verschärfen. Die durch die ENEV angestrebten steigenden Sanierungsstandards können bei einem Rückgang der Fördermittel nicht erfüllt werden. Schon jetzt klagen die Wohnungsunternehmen, dass die Förderung bei den jetzt verschärften Energiestandards nicht mehr ausreichend sei, um nach der Sanierung weiterhin sozialverträgliche Mieten gewährleisten zu können.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 7:

Abstimmung

über Verfassungsstreitigkeiten und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 10)

Ausgenommen von der Abstimmung sind die Listennummern 6 und 7 sowie 8 bis 11, die auf Antrag der SPD-Fraktion einzeln beraten werden sollen. Die Beratung dieser Anträge wird im Einvernehmen mit allen Fraktionen auf die nächste Plenarsitzung verschoben. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Verfassungsstreitigkeiten und den übrigen Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 10)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. des jeweiligen Abstimmungsverhaltens seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke. Gegenstimmen? - Enthaltungen? - Dann ist einstimmig so beschlossen. Damit übernimmt der Landtag die Voten.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 8 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Im Einvernehmen mit den Fraktionen werden die Dringlichkeitsanträge auf Drucksache 16/3804 bis 3812 und auf Drucksache 16/3819 bis 3824 in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten

Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Drs. 16/3812

Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich

I. Beschlussempfehlung:

Ablehnung

Berichtersteller: **Ludwig Hartmann**
Mitberichtersteller: **Tobias Reiß**

II. Bericht:

1. Der Dringlichkeitsantrag wurde dem Ausschuss für Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen und der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit haben den Dringlichkeitsantrag mitberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 27. Sitzung am 4. März 2010 beraten und mit folgendem Stimmresultat:
CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 27. Sitzung am 13. April 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 77. Sitzung am 21. April 2010 mitberaten und mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
SPD: Zustimmung
FW: Zustimmung
B90/GRÜ: Zustimmung
FDP: Ablehnung

Ablehnung empfohlen.

5. Der Ausschuss für Umwelt und Gesundheit hat den Dringlichkeitsantrag in seiner 30. Sitzung am 6. Mai 2010 mitberaten und einstimmig Zustimmung empfohlen.

Erwin Huber
Vorsitzender

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote, Christine Kamm, Renate Ackermann, Dr. Sepp Dürr, Thomas Gehring, Eike Hallitzky, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl, Thomas Mütze, Dr. Martin Runge, Maria Scharfenberg, Theresa Schopper, Adi Sprinkart, Christine Stahl, Claudia Stamm, Susanna Tausendfreund, Simone Tolle** und **Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)**

Drs. 16/3812, 16/4803

Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Reinhold Bocklet

I. Vizepräsident

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 4 auf:

Abstimmung

über eine Verfassungsverstöße und Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 2)

Von der Abstimmung ausgenommen ist die als Listennummer 1 aufgeführte Verfassungsverstöße, die auf Antrag der SPD einzeln beraten werden soll.

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen zu den Anträgen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 2)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um ein Handzeichen. - Das sind weitgehend die Fraktionen der CSU, der FDP, der SPD, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der Freien Wähler und Frau Abgeordnete Dr. Pauli. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge etc. zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 4)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
- (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
- (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
- (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
- (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

Verfassungsstreitigkeit

1. Schreiben des Bayerischen Verfassungsgerichtshofs vom 31. März 2010 (Vf. 2-VII-10) betreffend Antrag auf Feststellung der Verfassungswidrigkeit des Art. 9 Abs. 1 Satz 1 Buchst. a des Gesetzes über die öffentlichen Sparkassen (Sparkassengesetz - SpkG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 1. Oktober 1956 (GVBl S. 187, BayRS 2025-1-I), zuletzt geändert durch Gesetz vom 27. Juli 2009 (GVBl S. 400)
PII/G-1310/10-2
Drs. 16/4777 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Verbraucherschutz

1. Der Landtag beteiligt sich am Verfahren.
2. Der Antrag ist unbegründet.
3. Zum Vertreter des Landtags wird der Abgeordnete Jürgen W. Heike bestellt.

die Verfassungsstreitigkeit wird einzeln beraten

(Die Beratung hat aus Zeitgründen am 19.05.2010 nicht stattgefunden)

Anträge

2. Antrag der Abgeordneten Diana Stachowitz, Christa Steiger, Angelika Weikert u.a. SPD
Anhörung vier Jahre BayKiBiG
Drs. 16/2874, 16/4583 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

3. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Planung der Nordanbindung des Flughafens Nürnberg auf den Prüfstand
Drs. 16/3108, 16/4801 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

4. Antrag der Abgeordneten Dr. Linus Förster, Reinhold Perlak, Adelheid Rupp u.a. SPD
EU-Strukturpolitik für Bayern in der nächsten Förderperiode
Drs. 16/3302, 16/4791 (E) [X]

Antrag der CSU-Fraktion gemäß § 126 Abs. 3 GeschO
Abweichendes Votum des mitberatenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

5. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Unabhängige und qualifizierte Lebensmittelüberwachung in Bayern umsetzen!
Drs. 16/3482, 16/4771 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Umwelt und Gesundheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

6. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Hans Joachim Werner, Margit Wild u.a. SPD
Bericht über beschlossene Maßgaben bezüglich
Erstaufnahmeeinrichtung Baierbrunner Straße
Drs. 16/3490, 16/4683 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Eingaben und Beschwerden

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☐	☐	☐	☐

7. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Georg Schmid, Karl Freller, Joachim Unterländer u.a. und Fraktion (CSU), Thomas Hacker, Dr. Otto Bertermann, Karsten Klein u.a. und Fraktion (FDP)
Mehr Transparenz und Qualität in der Pflege
Drs. 16/3808, 16/4798 (G)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☐	☒	☐	☒

8. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Christa Steiger, Kathrin Sonnenholzner u.a. und Fraktion (SPD)
Die Staatsregierung beim Wort nehmen:
Bayern, aber gerechter
Qualität und Transparenz in der Pflege verbessern
Drs. 16/3822, 16/4793 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

9. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u.a. und Fraktion (FW)
Bewertungssystem in der Pflege überarbeiten
Drs. 16/3823, 16/4794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

10. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Kürzung der KfW-Programme zur CO₂-Minderung im Gebäudebereich
Drs. 16/3812, 16/4803 (A) [X]

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☐	☒	☒	☒	☐

11. Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Tanja Schweiger, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FW)
KfW-Programme zur CO₂-Minderung verstetigen
Drs. 16/3824, 16/4802 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft, Infrastruktur, Verkehr und Technologie

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

12. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Erkenntnisse und Maßnahmen, um Gewalt gegen Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte entgegenzuwirken, neuer Anlauf für wissenschaftliche Untersuchung
Drs. 16/4472, 16/4770 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Kommunale Fragen und Innere Sicherheit

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒

13. Antrag der Abgeordneten Angelika Weikert, Christa Steiger, Diana Stachowitz u.a. SPD
Zukunft der Jobcenter
Drs. 16/3481, 16/4806 (erledigt erklärt)

Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit

der den Antrag für erledigt erklärt hat

14. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Sepp Daxenberger, Ulrike Gote u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Stärkung der Selbsthilfe
Drs. 16/1432, 16/4811 (E) [X]

**Votum des federführenden Ausschusses für
Soziales, Familie und Arbeit
in der Fassung der Zweitberatung**

mit der Maßgabe, dass nach den Worten „ein Konzept“ die Worte „im Rahmen der verfügbaren Haushaltsmittel“ eingefügt wird.

CSU	SPD	FW	GRÜ	FDP
☒	☒	☒	☒	☒